

# Mittheilungen

## über die Verhandlungen des Landtags.

### II. Kammer.

N<sup>o</sup> 9.

Dresden, am 23. October

1869.

**Neunte öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer**  
am 21. October 1869.

#### Inhalt:

Registrandenvortrag Nr. 137—147. — Antrag des Abg. Israel und Genossen (Reg.-Nr. 137), die Einführung des Pfennigtarifs für Transport von Braun- und Steinkohlen auf den Staatseisenbahnen betreffend. — Antrag des Abg. Dr. Wigard und Gen., die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, die Ueberweisung der Führung der Geburts- und Todesregister an die Civilobrigkeit, Einführung der obligatorischen Civilehe zc. betreffend (Reg.-Nr. 139). — Antrag des Abg. May (Polenz), die Verpachtung aller fisciatischen Jagdgerechtigsame an die Revierverwalter betreffend (Reg.-Nr. 140). — Entschuldigungen. — Berathung des Berichts der Abtheilung A der zweiten Deputation über das königl. Decret, die veränderte Erhebung des Chausseegeldes betreffend. — Feststellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung.

Präsident Haberkorn eröffnet die Sitzung um 10 Uhr in Gegenwart des königl. Commissars Herrn Geh. Rath's von Schimpff, sowie in Anwesenheit von 73 Kammermitgliedern.

Präsident Haberkorn: Die Registrande wird der Kammer vorgetragen werden.

(Nr. 137.) Antrag der Herren Abgg. Israel und Genossen, die Einführung des Pfennigtarifs für Transport von Braun- und Steinkohlen auf den Staatseisenbahnen betreffend.

Präsident Haberkorn: Der Antrag wird der Kammer mitgetheilt werden.

Derfelbe lautet:

Die Zweite Kammer wolle im Verein mit der Ersten Kammer beschließen:

II. K. (I. Abonnement.)

„Die königl. Staatsregierung zu erjuchen, auf den Staatseisenbahnen beim Transport von Braun- und Steinkohlen den Pfennigtarif in Anwendung zu bringen, sowie dahin zu wirken, daß dies bei den unter Verwaltung der Regierung stehenden Privateisenbahnen geschehe.“

#### Motive:

Die Industrie bedarf, um sich lebensvoll entwickeln zu können, vor Allem billiges Heizmaterial. Einige Industriebezirke unseres Landes liegen zum Theil weit ab von den Fundorten einer guten, verwendbaren Stein- oder Braunkohle, wie z. B. die Oberlausitz, deren Braunkohle, vermöge ihrer geringen Heizkraft, nur in nächster Nähe und nicht zu allen Zwecken verwendet werden kann. Aus weiter Ferne, aus Schlesien und Böhmen müssen die durch zum Theil hohe Frachtsätze vertheuerten Brennstoffe bezogen werden. Hier ist es Pflicht der Staatsregierung und zugleich erheischt es das Interesse derselben, die Industrie durch billige Herbeischaffung guter Brennstoffe zu unterstützen. — Weit entfernt, daß die Einnahmen unserer Staatseisenbahnen dadurch eine Einbuße erlitten, würden sich dieselben durch vermehrte Nachfrage erhöhen, ein kurzes Uebergangsstadium vielleicht ausgenommen. — Uebrigens kann es nicht für das höchste zu erstrebende Ziel unserer Staatseisenbahnen gelten, hohe Erträge abzuwerfen, welche doch nur die Staatsbürger bezahlen, sondern möglichst zur Hebung und Unterstützung der Industrie des Landes beizutragen.

In einer anderen Richtung würde die Annahme obigen Antrags sich förderlich erweisen und zwar für den Bergbau im Zwickauer Kohlenbecken. Es würde dadurch die Möglichkeit geschaffen, dieses ausgezeichnete Material in weitere Gegenden zu verfrachten und dort die Concurrenz der schlesischen, wie der westphälischen Kohle siegreich zu bestehen. — Was speciell die Lausitz betrifft, so bezieht dieselbe ausschließlich böhmische Braunkohle und schlesische Steinkohle, ebenso das nördliche Böhmen.

Würde der Tarif für Zwickauer Steinkohlen nach dem Pfennigtarifs berechnet, wie es seit 1. September für böhmische Braunkohlen geschieht, die freilich noch eine sehr hohe Lade- und Empfangsgebühr von je 2 Thlr. und von 1 Thlr. Ueberfahrt über die Dresdner Brücke pro Waggon zu zahlen haben, so würde es